

SPD demokratischer pressediens

F/XXXII/69

12. April 1977

Die Saat der Gewalt

Kein parteipolitisches Schindluder mit Gefühlen der
Bürger treiben

Von Heinz Pensky MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 1 / 44 Zeilen

Hilfe zur Selbsthilfe

Sport im Strafvollzug - eine soziale und humane
Brückenfunktion

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Inhaltliche Differenzen deutlich machen

Mitarbeit im "Komitee" hätte Profil der Jungsozialisten
verwischt

Von Heidemarie Wiczorek-Zeul

Ehemalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten mit dem
Zuständigkeitsbereich "Sicherheitspolitik"

Seite 4 bis 6 / 97 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Parteipolitik nach dem Mord

Seite 7 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120-106
Pressstraße 1, Zimmer 217-224
Telefon: 31 80 35 39
Telex: 03 86 840-46 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Saat der Gewalt

Kein parteipolitisches Schindluder mit Gefühlen der Bürger treiben

Von Heinz Pensky MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Der hinterhältige und gemeine Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinem Fahrer war ein brutaler Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat - sicherlich getragen auch von Rachegefühlen der Terroristen gegen einen ihrer energiegeladesten und hartnäckigsten Gegner wie es Siegfried Buback zeit seines Wirkens war.

Trauer um Siegfried Buback, Empörung über den gemeinen Anschlag - das sind Gefühle, die alle Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland teilen. Doch gerade in Momenten, wo uns allen praktisch die Galle hochkommt, kann blinder Eifer nur schaden. Solch blinden Eifer, gepaart mit einem beispiellosen Zynismus, haben aber gerade in diesen Tagen maßgebliche Sprecher der Oppositionsparteien wie Franz Josef Strauß (CSU) und Friedrich Vogel (CDU) offenbart. Eine beispiellose Menschenverachtung spricht aus ihren Vorschlägen, in bestimmten Teilbereichen die Gesetze bzw. Strafandrohungen zu verschärfen. Sie nutzen nur die Woge des Mitgefühls und der Erschütterung in der Bevölkerung aus, um bestimmte Reformen, wie die Liberalisierung des Demonstrationsrechts, wieder kassieren zu wollen. Da wird, und das muß so deutlich gesagt werden, mit den Gefühlen der Bürger parteipolitisches Schindluder getrieben. Am deutlichsten zeigt sich das in der Frage des Demonstrationsrechts. Erst vor wenigen Tagen ist allen Mitgliedern des Innenausschusses eine Aufstellung über die Demonstrationen der letzten Jahre zugegangen. Sie beweist nachdrücklich, daß die Zahl der unfriedlichen und gewalttätigen Demonstrationen zurückgegangen ist. Jetzt wollen die Scharfmacher der Opposition offenbar wider besseres Wissen das Gegenteil glauben machen.

Abschrecken lassen sich zu allem entschlossene Terroristen nicht durch erhöhte Strafandrohungen. Wirksame Prävention findet nur statt durch schnelle Fahndungserfolge der Polizei. Daher ist jetzt auch die Stunde der Exekutive, nicht der Legislative.

Erst die sozialliberale Koalition hat in einem gewaltigen Kraftakt das Bundeskriminalamt ausgebaut und mit teuerster Technik ausgestattet. Sicherlich ist diese technische wie personelle Ausstattung der Polizei noch zu verbessern. Dabei sollten wir uns jedoch gewiß sein, daß nicht ein lückenloses polizeiliches Sicherheitsnetz zu schaffen ist - am Ende stünde der perfekte Staat, der Polizeistaat. Das aber ist genau die Saat der Gewalt, wie sie die Terroristen gerne aufblühen sehen.

Echte Verbitterung muß in diesem Zusammenhang aber der ausgeprägte Provinzialismus gerade der CDU-regierten Länder auslösen, die sich in der Vergangenheit hartnäckig gestäubt haben, im Wege der Gesetzgebung Kompetenzen abzugeben bzw. Gesetze zu vereinheitlichen.

Ihr Prestigebewußtsein haben sich christliche Provinzfürsten millionenschwere Fehlinvestitionen im Bereich der technischen Ausrüstung der Polizei kosten lassen. Genau die gleiche CDU/CSU-Politiker, die heute nach schärferen Gesetzen rufen, haben sich beispielsweise bei der Reform des Sprengstoffrechts sowie bei der Reform des Waffenrechts unter dem Einfluß einer profitorientierten Lobby als Bremsen versucht.

Das ist der Zynismus, den ich meine - das zeigt die Gewissenlosigkeit der Kampagne, die die Opposition zurzeit betreibt. (-/12.4.1977/bgy/lo)

Hilfe zur Selbsthilfe -----

Sport im Strafvollzug - eine soziale und humane Brückenfunktion

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Es ist gegenwärtig sicher nicht populär, einen Beitrag für den Sport in Strafvollzugsanstalten zu schreiben. Vorurteile, Fehleinschätzungen und spektakuläre Ereignisse machen die langfristig angelegten Reformbemühungen des Strafvollzuges zu einem dornenreichen Weg. Unbestritten ist, daß Sport allein nicht die Hürden beseitigen kann, die von straffällig gewordenen Mitbürgern auf dem Rückweg in die Gesellschaft mit Ausdauer, Mut und Festigkeit zu überwinden sind. Doch aus sozialdemokratischer Sicht hat der Sport in diesem Bereich eine wichtige soziale und humane Brückenfunktion.

Der Sport ist ein geeignetes Mittel, die im Strafvollzug befindlichen Bürger körperlich und psychologisch auf das gesellschaftliche Leben nach dem Strafvollzug vorzubereiten. Um dieses Ziel dauerhaft zu erreichen, fördert die sozialdemokratische Sport-, Rechts- und Sozialpolitik die vielfältigen Initiativen, die von Angehörigen des Vollzugsdienstes sowie der Sport- und sozialer Organisationen zu einer Verständnisverbreiterung in der Bevölkerung für einen menschenwürdigen Strafvollzug beigetragen haben. Besonders die Herstellung sportlicher Kontakte von Sportvereinen und Jugendgruppen zu den Strafvollzugsanstalten - und insbesondere den Jugendlichen - im kommunalen Bereich wird mit Nachdruck von der SPD unterstützt.

Deshalb würde:

- im Strafvollzugsgesetz das Recht auf angemessene Sportmöglich-

keiten und Sportkontakte mit Sportorganisationen verankert

- beim Bundesinstitut für Sportwissenschaft eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Möglichkeiten und Probleme mit dem Ziel erarbeiten und klären soll, daß der Sport als Beitrag zur Lebenshilfe im Strafvollzug umfassend berücksichtigt wird
- vor allem die Deutsche Sportjugend und ihre Gliederungen ermuntert, die Bemühungen um dauerhafte Kontakte zu den Jugendvollzugsanstalten zu vertiefen.

Wir wissen, daß die Verhältnisse und Voraussetzungen in vielen Vollzugsanstalten noch sehr unzureichend sind und sportliche Ausgleichsprogramme nur durch das verdienstvolle Engagement von Mitarbeitern und Helfern durchgeführt werden können. Doch es gibt auch Beispiele, die - gemessen an der Gesamtsituation - dem Werben um Verständnis und der Beseitigung von Ressentiments außerordentlich hilfreich sind.

Dieses Wirken muß auch die Grundlage für die Rolle des Sports und der Jugendkontakte im Strafvollzug sein: Ein Stück Hilfe zur Selbsthilfe.

(-/12.4.1977/bgy/1a)

+ + +

Inhaltliche Differenzen deutlich machen

Mitarbeit im "Komitee" hätte Profil der Jungsozialisten verwischt

Von Heidemarie Wieszorek-Zeul

Ehemalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten
mit dem Zuständigkeitsbereich "Sicherheitspolitik"

Sowohl die Diskussion auf dem letzten Bundeskongreß der Jungsozialisten als auch die sich an dem Antrag 1.3 (geplante Beteiligung an dem "Friedens- und Abrüstungskomitee") öffentlich entzündende anschließende Auseinandersetzung wurde unter einem völlig falschen Aspekt geführt. Die schließliche Nichtteilnahme der Jungsozialisten erschien öffentlich als vor allem durch den Druck der Partei herbeigeführt - also nach außen als nicht inhaltlich motiviert. Dabei hätte aufgrund der sicherheitspolitischen Beschlußlage und Konzeption der Jungsozialisten seit der Siegener Fachkonferenz klar sein müssen: Es gibt eine Fülle von inhaltlichen Differenzen zur ganzen sicherheitspolitischen Konzeption des Abrüstungskomitees, die einer Beteiligung der Jungsozialisten sachlich entgegenstehen.

Alle Jungsozialisten, die inhaltlich an der sicherheitspolitischen Konzeption der Arbeitsgemeinschaft mitgearbeitet haben, waren in ihren Diskussionsbeiträgen gegen die Teilnahme an den Aktivitäten des Komitees. Das galt auch für die Berliner und Hamburger Vertreter im Arbeitskreis Sicherheitspolitik der Jungsozialisten, die auf der Bundeskonferenz deutlich gegen eine Teilnahme Stellung bezogen.

Die Entscheidung auf der Bundeskonferenz 1977 war folgerichtig weniger eine Entscheidung zur Sache, sondern mehr eine des "Gefühls". Weil sie zu einem Konflikt über das Verhältnis zur SPD umfunktioniert wurde.

Inhaltlich sind die entscheidenden Differenzen zwischen Jungsozialisten und Komitee aufgrund ihrer jeweiligen programmatischen Aussagen und ihrer bisherigen Arbeit die folgenden:

a/ Die Arbeit des Komitees zielt in erster Linie auf die Bundesrepublik ab. Richtig ist, daß die Bundesrepublik stärker initiativ werden muß. Falsch ist aber, daß man den Rüstungswettlauf allein oder überwie-

wiegend als von der Bundesrepublik veranlaßt aufgefaßt. Jungsozialisten gehen davon aus, daß der Rüstungswettlauf von beiden Seiten vorangetrieben wurde. Also müssen auch die osteuropäischen Staaten gleichgewichtig zu Initiativen aufgefordert werden. Also müssen auch Militarisierungstendenzen des Warschauer Paktes, müssen die Behandlung der Kriegsdienstverweigerer, müssen eingeschränkte Rechte der Soldaten in den osteuropäischen Staaten und in der DDR gleichermaßen verurteilt werden.

b/ Die Forderungen des Komitees sind überwiegend "gegen"; z.B. "Stop des Rüstungswettlaufs". Das ist nicht falsch, aber man darf die Negativforderungen nicht von positiven konkreten Schritten isolieren.

Kennzeichen der sicherheitspolitischen Konzeption der Jungsozialisten ist es, daß die Forderung nach Abrüstung gleichzeitig mit positiven, konkreten Zwischenforderungen verbunden wird: z.B. europäisches Sicherheitssystem mit Interventionsverbot, Schiedsstelle für Konflikte, Verstärkung der politischen Zusammenarbeit, Institutionalisierung der KSZE etc.

Sicherheitspolitik soll nach den Juso-Forderungen nicht "beseitigt" werden, sondern durch andere Instrumente (Politik statt Militär) und andere Strategien (Kooperation statt Konflikt) überhaupt erst so hergestellt werden, daß sie tatsächlich ihren Namen verdient.

c/ Die Jungsozialisten halten es für notwendig, durch eine Mobilisierung für einlösbare Alternativen auch bei der Abrüstung politisch Einfluß in der Bundesrepublik zu nehmen. Der Verzicht des Komitees auf differenzierte und konkrete Forderungen, wie sie Jungsozialisten gestellt haben, entspricht dem Stand der sicherheitspolitischen Forderungen der DKP, die über die bloße Mobilisierung für globale Ziele nicht hinausgehen. Der Verzicht, konkrete Forderungen zu entwickeln, ist kein Zufall, sondern Strategie: Man will den Handlungsspielraum der osteuropäischen kommunistischen Parteien nicht durch eigene, weitergehende, konkrete Ziele einschränken.

d/ Das Abrüstungskomitee geht nicht auf die zentralen politischen Fragen ein, in denen die Jungsozialisten klare Positionen bezogen haben. Hier geht es in erster Linie um die Frage der Behandlung der Kriegsdienstverweigerer in osteuropäischen Staaten. Sowohl die DKP als auch das Ko-

mitee haben sich in dieser Frage nicht klar geäußert.

Zum zweiten geht es um die Intervention in der ČSSR, die die Jungsozialisten scharf verurteilt haben. Die ČSSR-Intervention muß dabei unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der "Blockstabilität" durch militärische Intervention gesehen werden. Die Frage, ob die UdSSR nichtmilitärische Blockdisziplinierungsmittel besitzt, ist bislang weder vom Komitee, noch von der DKP diskutiert worden.

e/ Wer, wie das Komitee, in solch' zentralen und in der Bundesrepublik umstrittenen Fragen nicht klar Position bezieht, wer zweierlei Maß anlegt, läuft Gefahr, im öffentlichen Bewußtsein indirekt Abrüstungspolitik einerseits und unkritische Haltung gegenüber dem Gesellschaftssystem in den osteuropäischen Ländern bzw. DKP-Positionen andererseits zu verknüpfen. Damit aber wird das Ziel der Jungsozialisten, breite Bevölkerungsteile für Abrüstungsziele zu gewinnen, geradezu verhindert.

Eine Mitarbeit der Jungsozialisten in dem Komitee würde das sicherheitspolitische Profil der Jungsozialisten verwischen.

An dem Konflikt um die Zusammenarbeit mit dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit wird exemplarisch eine Schwäche von Sozialdemokraten und Jungsozialisten gegenüber Initiativen deutlich, die parallele Forderungen stellen. Eine Schwäche, die von der DKP geschickt genutzt wird, weil der Ablauf meistens so aussieht:

Die SPD betreibt meist keine eigene Mobilisierungs- und Vertrauensarbeit - auch in den zentralen Feldern ihrer eigenen Politik. Jungsozialisten - aber auch andere Jugendliche, die in Fragen der Abrüstung sehr stark moralisch engagiert sind, wollen aktiv werden und schließen sich bereits existierenden Gruppen an - zumal auch die Jungsozialisten meist keine eigenständigen Bewegungen organisiert haben. Arbeitet die DKP dort bereits sehr stark, reagiert die SPD mit der Aufforderung nach Rückzug. Allenmal sind Jungsozialisten und SPD dann in der Defensive.

Aus dieser Defensivposition kann die Partei gemeinsam mit den Jungsozialisten nur auf zwei Wegen gelangen:

- Sie schafft gesellschaftliche Initiativen und Bewegungen, indem sie für ihre zentralen politischen Forderungen mobilisiert.

- Jungsozialisten stellen gemeinsam mit der SPD in Initiativen ihre eigenen Forderungen, zwingen die DKP in umstrittenen Fragen, Stellung zu nehmen und bringen sie so auch bei jugendlichen Zielgruppen in die Defensive. (-/12.4.1977/bgy/lo)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Parteipolitik nach dem Mord

Die "Süddeutsche Zeitung" nimmt in ihrer Ausgabe vom 12. April 1977 Anstoß an vor-schnellen Politiker-Äußerungen nach dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback:

Wie lange es auch immer dauern mag, bis die ersten Fahnungsergebnisse im Fall Buback sich zu einem handfesten Erfolg verdichten - man kann bei die-sem Verbrechen (mehr als bei vielen anderen) nur dringend hoffen, daß die Ermittlungsbehörden die Mörder des Generalbundesanwalts möglichst bald ding-fest machen. Dies wäre nämlich nicht nur der einzig aussichtsreiche Weg, die Verbrecher selbst zu bekämpfen, sondern vielleicht auch eine Möglichkeit, die geradezu widerliche parteipolitische Auseinandersetzung um die innere Sicher-heit zu dämpfen.

Wer sich in der massiven Empörung noch ein vitales Gespür erhalten hat für den Rechtsstaat, dem dieser Anschlag letztlich galt, der kann über die verbalen Aktionen eines Teils der Opposition nur atemlos staunen. Da hat man - vom Fall Traube und Stammheim - noch das Wort des CSU-Vorsitzenden im Ohr, am besten sollte die ganze Bundesregierung zurücktreten, um nun eben aus dem Munde von Strauß zu erfahren, der verfassungsrechtliche Rahmen des Grundgesetzes sei noch lange nicht ausgeschöpft. Da hat der hessische CDU-Politiker Wallmann im Bundestag sorgfältig dargelegt, weshalb der "Lauach-angriff" auf den Atomwirtschaftler Traube verfassungswidrig gewesen sei, wogegen jetzt der hessische CDU-Vorsitzende Dregger dafür plädiert, dem Verfassungsschutz einen größeren Spielraum einzuräumen.

Gegenüber diesen vorschnellen, aber wohl leider keineswegs unbedacht spekulativen Äußerungen kann man immer wieder nur den alten Erfahrungssatz zitieren: Wenn jemand als Terrorist entschlossen ist, sein eigenes Leben aufs Spiel zu setzen, dann helfen auch keine erhöhten Strafdrohungen zumal dann nicht, wenn - wie im Fall Buback - ohnehin die lebenslange Freiheits-strafe fällig sein wird. Brutale Gewaltakte wie jener von Karlsruhe be-drohen in der Tat den Rechtsstaat. Aber Vorschläge, wie sie der rechte Teil der Union jetzt serviert, würden ihn gründlich verändern. Dies kann und darf keine Alternative sein. (-/12.4.1977/kr/ben)

+ + +